

Griesheimer Anzeiger

Heimatzeitung für Griesheim · Veröffentlichungsorgan der Stadtverwaltung und anderer Behörden

Erscheint wöchentlich zweimal; Mittwoch- und Samstagvormittag. – Bezugspreis: monatlich 6,50 € zuzügl. 1,20 € Trägerlohn inkl. 7 % MwSt. – Anzeigenpreis: Die 44 Millimeter breite Spalte im Anzeigenteil – 50 €, die 44 Millimeter breite Spalte im Textteil 1,25 € + 16 % MwSt. pro Millimeter Höhe – Druckerei und Zeitungsverlag: Valentin Bassenauer GmbH, 64347 Griesheim/Hess., Wiesenstraße 8 (Zeitungsverlag seit 1887) – Tel. 06155/8383-0 – Telefax 8383-99 – Bankkonten: Volksbank Griesheim eG, Nr. 3328; Stadt- und Kreissparkasse Darmstadt, Hauptzweigstelle Griesheim, Nr. 27001998 – Einzelnummer: 0,90 €



Nummer 78

Postverlagsort Frankfurt

Mittwoch, den 1. Oktober 2003

D 7934

54. Jahrgang



Unter diesen runden Schutz-Ummantelungen verstecken sich riesige Satellitenschüsseln. Eine ähnliche Anlage soll schon bald auf dem ehemaligen August-Euler-Flugplatz entstehen. Vier kleinere und eine größere Antennenanlage sollen dort installiert werden. Die Anlagen wurden in Bad Aibling abgebaut. Dort soll der Nachrichtendienst der US-Army INSCOM eine Anlage seines weltweiten Überwachungssystems Echelon betreiben. Die INSCOM ist auch schon in Griesheim (Mehr dazu auf Seite 3). oh-foto

US-Satelliten-Anlage von Bad Aibling wird auf dem Euler-Flugplatz installiert

Vier Empfangs-Antennen und eine Sende-Antenne – Teil des weltumspannenden Abhör-Systems

Innerhalb der nächsten Wochen sollen auf dem Gelände des ehemaligen Griesheimer August-Euler-Flughafens, der inklusive der Nebengebäude auf dem Gelände der amerikanischen Soldatenzeitung Stars & Stripes von den US-Streitkräften genutzt wird, vier große Empfangs-Antennen und eine Sende-Antenne installiert werden. Die Parabol-Antennen haben einen Durchmesser von etwa 26 Metern und sollen die Anlagen im oberbayrischen Bad Aibling ersetzen, die bis zum Jahr 2004 gänzlich abgebaut sein werden. Dies bestätigte am Dienstag kurz vor Redaktionsschluss auch die Pressesprecherin der US-Standortkommandantur, Teri Viedt.

Mit den Bauarbeiten für das Vorhaben, das unter strengster Geheimhaltung steht, soll schon in Kürze begonnen werden. Die Vorbereitungen laufen bereits. Die streng vertraulichen Informationen wurden dieser Zeitung bereits im Frühjahr aus verlässlicher Quelle zugespielt. Daran schlossen sich umfangreiche Recherchen an. In diesem Zusammen-

hang erfuhr der Griesheimer Anzeiger auch, dass der militärische Nachrichtendienst der US-Army INSCOM ein neues Hauptquartier vor den Toren Griesheims in der ehemaligen Elementary School am Eberstädter Weg bezogen hat. (Siehe ausführlichen Bericht auf Seite 3)

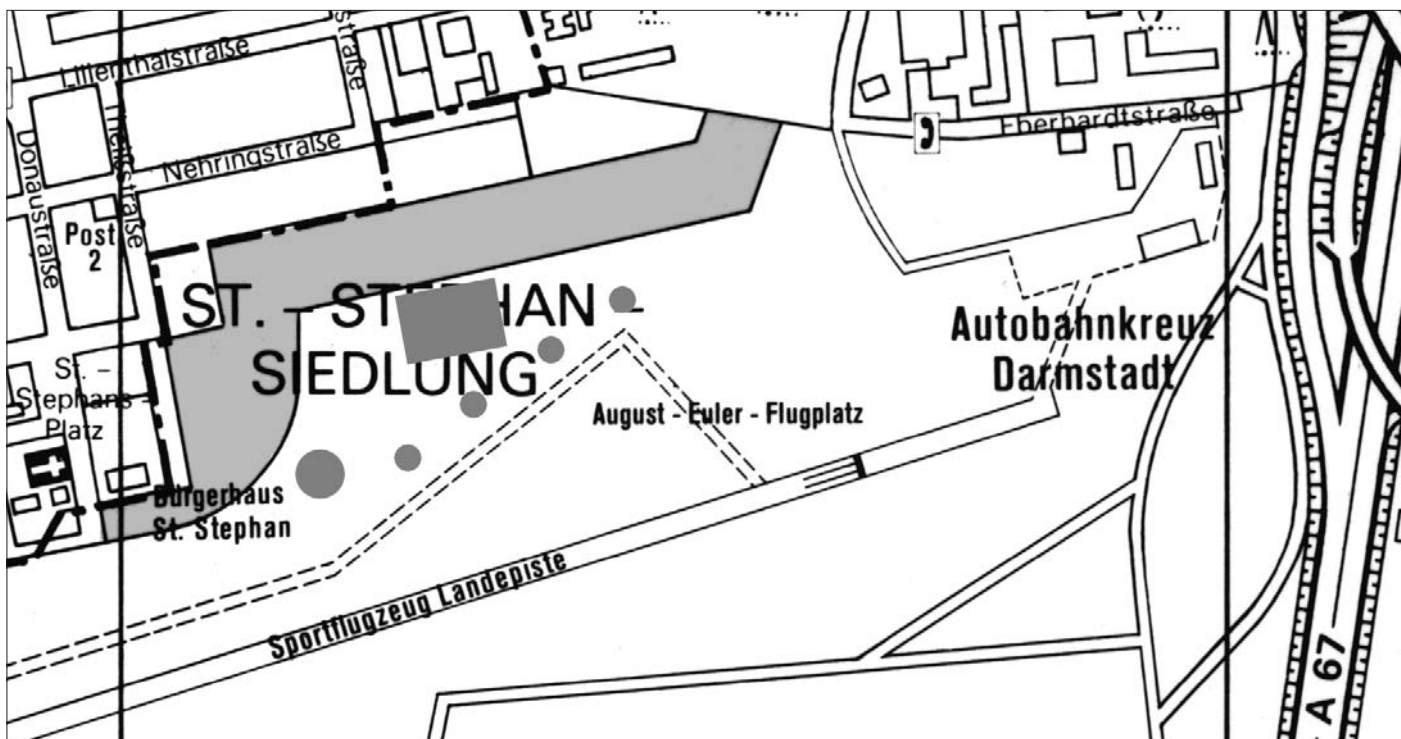
Ob oder inwieweit insbesondere die Sende-Antenne durch ihre Abstrahlung gesundheitliche Risiken für die Bevölkerung birgt, ist bislang nicht offiziell bekannt gegeben. US-Pressesprecherin Teri Viedt sicherte aber zu, dass sämtliche Strahlungswerte in den zulässigen Toleranzbereichen lägen. Dies bestätigt auch Baudirektor Günther Werner vom Staatsbauamt in Darmstadt (Siehe Kasten). Das Genehmigungsverfahren für die Aufstellung der Antennen, die sich in einem bestehenden Naturschutzgebiet befinden, lief unter dem Paragraphen 37 Baugesetzbuch. Danach ist bei „Vorhaben, die der Landesverteidigung, dienstlichen Zwecken des Bundesgrenzschutzes oder dem zivilen Bevölkerungsschutz dienen, nur die Zu-

stimmung der höheren Verwaltungsbehörde erforderlich“. Dazu gehört auch das Staatsbauamt in Darmstadt und das Darmstädter Regierungspräsidium, das die Planungen am Montag (29. September) offiziell genehmigt hat. Weder die Zustimmung der Stadt Darmstadt, auf deren Gemarkung der Flugplatz liegt, noch die Naturschutzbehörde, die benachbarte Stadt Griesheim oder das Kreisbauamt ist dafür erforderlich. Eigentümer des Geländes ist die Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise die Bundesvermögensstelle.

Die fünf Antennen werden in einer nördlichen Achse parallel zur vorhandenen Start- und Landebahn positioniert und durch ein kleines Waldstück verdeckt, so dass die Anlagen weder von der Nehringstraße noch vom Bürgerhaus St. Stephan aus einsehbar sein werden. Die größere Sende-Antenne, die westlich der vier Empfangs-Antennen plaziert werden soll, wird mit ihrer Strahlungsrichtung auch nach Westen in Richtung St. Stephanskirche ausgerichtet, weil von dieser An-

lage aus die Daten in die USA übertragen werden sollen. Wie verlautete, sollen die vier Empfangs-Satelliten Daten von Nachrichten-Satelliten aus dem Weltraum empfangen.

Die ganze Anlage gehöre zu dem weltumspannenden Abhör-System „Echelon“, dessen Existenz das EU-Parlament am 5. September 2001 offiziell bestätigte. Dieses System überwacht Telefongespräche, Faxe und elektronische Übertragungssysteme, hieß es aus entsprechend gut informierten Kreisen. Hochleistungsfähige Computer überwachen demnach Gespräche und Daten und zeichnen bei verdächtigen Formulierungen die Texte und Daten sowie die Telefonnummern der Beteiligten auf. Nachrichtendienst-Experten werten die Daten schließlich aus und entscheiden darüber, ob das Material verworfen werde oder ob man Informationen weiterverfolge. Diese Form der nachrichtendienstlichen Tätigkeit und der Terrorbekämpfung habe durch die Ereignisse des 11. September eine neue Dimension erreicht. wb



Genehmigung ist durch. Hier werden die Antennen aufgebaut. Die Karte zeigt den ehemaligen August-Euler-Flugplatz und die angrenzenden Teile von St. Stephan. Die vier kleinen grauen Punkte sind die Standorte für die Empfangsschüsseln, am großen Punkt links soll die größere Sendeschüssel aufgestellt werden. Auf dem grauen Viereck entsteht die Operationszentrale. GA-Plan

Verwaltung protestiert gegen Sparprogramm

141 städtische Bedienstete unterschreiben Protest

Auch in der Griesheimer Stadtverwaltung regt sich Widerstand gegen die Sparpläne der Hessischen Landesregierung unter Ministerpräsident Roland Koch (CDU). Wie der Personalrat der Stadt Griesheim, Rainer Lach, auf Anfrage sagte, haben 141 der rund 350 städtischen Beamten und Angestellten eine Brief an den Ministerpräsidenten unterschrieben, in dem gegen die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit und die Kürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld protestiert wird.

Es sei eine „spontane Aktion“ gewesen, sagt Lach. Bei längerer Vorlaufzeit hätten sicher noch mehr Angestellte der Stadt unterschrieben, ist sich der Personalrat sicher. Die 25 Beamten auf der Stadtverwaltung hätten alle ihren Namen unter die Liste gesetzt.

Lach sieht wenig Sinn in den Plänen der Landesregierung: „Das ist alles Unfug!“ Er hätte ja noch verstehen können, wenn man die Arbeitszeit, zur Not auch mit Gehaltsverzicht, reduziert hätte – und dafür mehr Mitarbeiter eingestellt worden wären.



Der Personalrat der Stadt Griesheim, Rainer Lach, in seinem Büro auf dem städtischen Bauhof. Lach hält die Sparmaßnahme der Hessischen Landesregierung für „Unfug“. pg-foto

Aber so drücke das Wegfallende Weihnachtsgeld der Angestellten und Beamten zusätzlich auf die schwächelnde Konjunktur: „Das ist Geld, das sofort in den Konsum geflossen ist.“ 38,5 Stunden, sagt Lach, hätte sowieso keiner der 25 städtischen Beamten gearbeitet, „das hätte eh nicht gelangt“. Bei der Stadt Griesheim ist hauptsächlich die mittlere Führungsebene verbeamtet. Was die Beamten jetzt machen sollen, wenn alle anderen schon zuhause sind, fragt sich Lach: „Die können doch alleine nichts machen! Die Beamten sind am Arbeitsplatz, wenn die Kollegen zuhause sind.“ Der Griesheimer Personalrat sieht eher höhere als geringere Kosten auf die Verwaltung zukommen. Was eingespart werde, gehe für mehr Licht und Heizung wieder drauf. Bei so kleinen Verwaltungseinheiten wie der Stadt Griesheim oder anderer Kommunen seien die Einspareffekte in dieser Form nicht vorhanden.

Lach befürchtet außerdem, dass die Regelung für die Beamten auch auf die Angestellten übertragen wird. Wenn sich dabei das Land in den anstehenden Tarifverhandlungen gegen den Widerstand der Gewerkschaften durchsetze, würden die Kommunen sofort nachziehen. All das schaffe aber keine Arbeitsplätze und mache auch keine Mittel für Investitionen frei. „So saniert man keinen Haushalt“, sagt Lach. pg

Staatsbauamt hat keine Bedenken

Hinsichtlich der Belastung für die Bevölkerung, sieht der zuständige Baudirektor beim Staatsbauamt, Günther Werner, keinen Anlaß zur Besorgnis. Auf Anfrage wurde bestätigt, dass entsprechende Beschreibungen der Anlage, der Frequenzen und Strahlungsbelastungen seitens der amerikanischen Streitkräfte vorlagen. Das Regierungspräsidium schalte routinemäßig die entsprechenden Regulierungsbehörden für Telefon- und Postwesen ein sowie das Amt für Strahlenschutz. Darüber hinaus nehme auch die Naturschutzbehörde Stellung, bevor eine Baugenehmigung erteilt werde. Günther Werner: „Man hat sich sogar über die Auswirkungen auf den Steinschmätzer Gedanken gemacht!“

Für das Staatsbauamt war die Prüfung der Unterlagen eine Auftragsarbeit für die US-Streitkräfte, die im Rahmen des Nato-Abkommens durchgeführt wurde. Die eigentliche Baumaßnahme werde in Eigenregie der US-Streitkräfte abgewickelt. wb



Die „Field Station 81“ der US-Streitkräfte in Bad Aibling. Die empfindlichen Satellitenschüsseln sind in großen Kugeln geschützt. Die Anlagen, die in Griesheim aufgebaut werden sollen, sind von hier bereits abgebaut und entfernt worden. oh-foto